Sitzungsvorlage-Nr. 50/1115/XV/2011

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	12.05.2011	öffentlich

Tagesordnungspunkt: 10.1
**Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2011 zum
Abrechnungsverfahren/ Vorauszahlungen im Rahmen der
Beteiligungssatzung SGB II**
Sachverhalt:

Der Rhein-Kreis Neuss beteiligt die die kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Bruttoaufwendungen der Kosten der Unterkunft.

Diese Beteiligung erfolgt zu 50 % über die Kreisumlage und zu 50 % über einen Umlageschlüssel, welcher auf den Bedarfsgemeinschaftszahlen (BG) der jeweiligen Stadt oder Gemeinde basiert. Die Details hierzu regelt die Beteiligungssatzung in der zuletzt am 08.12.2010 aktualisierten Fassung.

Die BG-bezogene Beteiligung erfolgt über monatliche Abschlagszahlungen der Städte und Gemeinden.

§ 3 der Beteiligungssatzung regelt, dass sich die Höhe der Abschlagszahlungen nach den entsprechenden Haushaltsansätzen richtet.

Bei der Kalkulation der Ausgabepositionen kam es in den vergangenen Jahren zu geringen Abweichungen beim Abgleich zu den dann tatsächlich geleisteten Ausgaben:

Aufwand	Haushalts- ansatz	tatsächlicher Aufwand	Abweichung in €	Abweichung in %
2007	67.250.000	67.145.081	104.919	0,16
2008	67.006.000	65.907.946	1.098.054	1,64
2009	66.381.246	67.683.484	-1.302.238	-1,96
2010	71.067.659	70.469.782	597.877	0,84

Nicht kalkuliert war jedoch die Änderung der Berechnungsgrundlagen für die Wohngelderstattung durch das Land im vergangenen Jahr. Der Rhein-Kreis Neuss hat hier eine Nachzahlung in Höhe von insgesamt 15.364.740 € für die Jahre 2007 – 2010 erhalten. Aufgrund der Beteiligungssatzung profitieren die Städte und Gemeinden unmittelbar von dieser Erstattung, da diese sowohl in die Berechnung der Bruttobelastung für das Jahr 2010 einfluss als auch rückwirkend für die vergangenen Jahre eine Neuberechnung mit entsprechenden Erstattungen vorgenommen wurde.

Die Landeserstattung für die Jahre 2007-2010 führte zu folgenden Nachzahlungen:

	2007	2008	2009	2010	Summe:
Neuss	1.127.186,27 €	1.081.261,56 €	868.958,32 €	730.658,21 €	3.808.064,36 €
Grevenbroich	330.749,10 €	319.149,43 €	254.127,58 €	229.489,83 €	1.133.515,94 €
Domagen	256.422,68 €	246.403,62 €	194.905,14 €	94.846,27 €	792.577,71 €
Meerbusch	203.727,63 €	192.322,11 €	149.926,14 €	130.911,57 €	676.887,45 €
Kaarst	153.216,46 €	145.068,50 €	109.588,28 €	115.314,73 €	523.187,97 €
Korschenbroich	86.669,09 €	82.342,26 €	61.788,33 €	66.427,02 €	297.226,70 €
Jüchen	96.125,45 €	94.592,89 €	71.593,73 €	119.232,12 €	381.544,19 €
Rommerskirchen	32.375,15 €	29.536,97 €	22.445,36 €	-14.991,81 €	69.365,67 €
Summe:	2.286.471,83 €	2.190.677,34 €	1.733.332,88 €	1.471.887,94 €	7.682.369,99 €

Diese hohe Nachzahlung an den Rhein-Kreis Neuss durch das Land war jedoch ein einmaliger Vorgang. Für 2011 wurde bereits eine im Vergleich zu den Vorjahren deutlich höhere Wohngelderstattung bei der Kalkulation der Haushaltsansätze und somit auch bei der Berechnung der Abschlagszahlungen der Städte und Gemeinden berücksichtigt. Sowohl die Haushaltsansätze als auch die darauf beruhenden Abschlagszahlungen der Städte und Gemeinden entsprechen den real erwarteten Zahlungsverpflichtungen.

Anlagen:

Anfrage Abschlagszahlungen SGB II